

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D13	20. Oktober 2021
--------------------	-------------------------

D13-1	Land in Scherben (Ulrike Trebesius)	2
D13-2	Die CDU. Seit Merkel eine leere Hülle (Jörn Kruse)	3
D13-3	Die CDU braucht jetzt keinen neuen Vorsitzenden, sondern eine Vorstellung davon, was sie eigentlich will (Jörn Kruse)	6
D13-4	Das Wahlergebnis bietet eine Chance zur überfälligen Reform des Wahlrechts (Jörn Kruse)	9
D13-5	Fragen zum Interesse an Präsenz-Diskussionen ? (auch als Extra-Datei zum einfacheren Zurücksenden)	16

Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:
diskurshamburg@gmail.com .

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Wenn Sie einen Beitrag in DISKURS veröffentlichen möchten, senden sie ihn bitte im Word-Format an die genannte Mail-Adresse.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann kommentiert werden.

D13-1

Land in Scherben

Ulrike Trebesius

Unser Land liegt in Scherben. Die Verursacherin des Scherbenhaufens ist auf Abschiedstournee. Ihre Unterstützer diskutieren, wer ihr nachfolgen soll. Die uns zukünftig Regierenden sind in ihrer Blase verschwunden und sprechen über die Legalisierung von Cannabis.

Derweil bauen sich nicht nur konkrete, sondern auch bedrohliche Szenarien auf, für die augenblicklich niemand verantwortlich zu sein scheint. Die Menschen dieses Landes müssen sich aktuell mit den konkreten Auswirkungen der politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre auseinandersetzen. Die steigenden Energie-, Gas- und Benzinpreise sind dabei ebenso das Ergebnis einer verfehlten grünen Politik mit einer sozialdemokratischen Kanzlerin als ausführender Kraft, wie die zu erwartenden Entlassungen bei VW, die steigende Inflation, die neuen Flüchtlingsströme diesmal an der Deutsch-Polnischen Grenze. Hinzu kommt der schlechte Stand unserer Digitalisierung, der Mangel an Fachkräften insbesondere an gut ausgebildeten Technikern und Ingenieuren und weniger an Sozialarbeitern oder „irgendwas mit Medien“-Spezialisten. Wir leben mit einer schlechten Infrastruktur, mit einer gescheiterten Bildungspolitik, deren Ergebnisse jetzt in den Universitäten sitzen. Hinzu kommt eine Corona-Politik, die im Scheitern verharret.

Das alles wird einer neuen Regierung auf die Füße fallen, die direkt und indirekt für diese Fehlentwicklungen der letzten Jahre mit verantwortlich ist. Es trifft eine Bevölkerung, die der veröffentlichten Meinung gefolgt ist und sich gut darin eingerichtet hat, andere für sich denken zu lassen. Es betrifft die Rentner, die ARD und ZDF die Treue halten und die nun darüber belehrt werden, dass sie sich zukünftig Einkaufszettel machen sollen, um mit einer der geringsten Renten in der gesamten EU über den Monat zu kommen. Pendler werden von den Medien und von den Politikern darüber belehrt, dass der Benzinpreis noch gar nicht hoch genug sei, um das Klima zu retten. Verbraucherschützer warnen die Bevölkerung, sich auf steigende Heizkostenpreise im Winter einzustellen. Leute, kauft Kämme: es kommen lausige Zeiten.

Es gab Menschen, die in den vergangenen Jahren vor all diesen Entwicklungen, die jetzt eintreten, gewarnt haben: ob vor der verfehlten Energiewende; vor der Euro - Rettungspolitik, die sich in einer verfehlten EZB-Politik niederschlägt; ob vor einer verfehlten Einwanderungspolitik; einem Mangel an Investitionen in Infrastruktur und Bildung; die Liste lässt sich beliebig lang fortsetzen. Man nannte diese Menschen, die von diesen Entwicklungen gewarnt haben, Populisten. Man nannte sie ewig gestrig und Nazi. Man nannte sie alte weiße Männer, rückwärtsgewandt, sexistisch, homophob, islamophob usw.

Es bleibt abzuwarten, ob die jetzige neue Regierung in der Lage sein wird, nicht nur die Ursachen der Probleme zu erkennen, sondern diese auch zu beseitigen. Deutschland ist im Moment ein Scherbenhaufen. Ein gut funktionierendes und wirtschaftlich erfolgreiches Land wurde zer schlagen und beschädigt von Menschen, die die Konsequenzen der Entscheidung nicht zu tragen haben. Es wird uns Kraft und Mut Kosten, daraus wieder ein lebenswertes Land zu machen. Und es werden die in der Vergangenheit Beschimpften sein, die die Atomkraftwerke wieder anschalten, die die Straßen und Brücken sanieren und die Informatiker ausbilden. Sie mögen nicht woke und divers sein, aber sie verfügen über wichtige andere Tugenden: Kompetenz, Weitblick, Erfahrung, Fleiss und Ausdauer. Sie werden dafür sorgen, dass der Laden wieder läuft.

D13-2

Die CDU. Seit Merkel eine leere Hülle

Jörn Kruse

Die Wahlniederlage der CDU bei der Bundestagswahl war gravierender, als die Funktionäre sich jetzt eingestehen wollen. Sie wird auch folgenreicher sein, wenn die Partei nicht die richtigen Schlüsse daraus zieht. Danach sieht es jedoch zur Zeit noch nicht aus. Man beschäftigt sich weiterhin mehr mit Personen und Posten als mit politischen Inhalten.

Die einfachste und am wenigsten schmerzliche CDU-Antwort auf die Frage nach den Gründen des Desasters ist „Laschet war schuld“. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Antwort, auch wenn Armin Laschet seit Januar 2021 viele Fehler gemacht hat und er vermutlich nicht das Format zum Bundeskanzler hat (ebenso wenig wie Markus Söder übrigens).

Der Hauptgrund ist die fast völlige inhaltliche Entleerung der CDU. Sie ist nun gänzlich zum Kanzlerwahlverein degeneriert, was man ihr schon lange unterstellt hat. Das ist aber nur dann ein tragfähiges „politischen Geschäftsmodell“, wenn man tatsächlich den/die Bundeskanzler/in stellt und auch ansonsten zahlreiche Posten zu vergeben hat, die Macht, Einkommen, Beziehungen etc. mit sich bringen. Ein solcher Verein ist dann ein Magnet für ehrgeizige Leute, auch wenn sie nicht (oder nicht vorrangig) von bestimmten gesellschaftlichen Wertvorstellungen und dezidierten politischen Zielen angetrieben werden.

Die Tendenz zum Kanzlerwahlverein hatte die CDU schon seit den 60er-Jahren, nachdem sie sich vorher (Adenauer-Zeit) wertvolle Verdienste beim Wiederaufbau und bei der Installierung einer funktionierenden Marktwirtschaft (Wirtschaftswunder) erworben hatte. Der erfolgreiche Markenname blieb bestehen, als die Werte und Prinzipien des Erfolgs (z.B. soziale Marktwirtschaft, Leistungsgesellschaft, Integration in den Weltmarkt und in die westliche Sicherheitsarchitektur) bereits verblassten bzw. für selbstverständlich gehalten wurden.

Nachdem das normative Etikett „christlich“, das CDU und CSU im Namen tragen, seine gesellschaftliche Orientierung zunehmend verloren hatte, dürften die meisten Politiker der Union sich vermutlich als Konservative definiert haben. Schon die marktwirtschaftliche Orientierung hatte bei allen CDU-Kanzlern nach Ludwig Erhard nur deshalb noch eine Bedeutung für die Regierungspolitik, weil der Dauerkoalitionspartner FDP einen diesbezüglich funktionierenden Kompass hatte. Schon Helmut Kohl hatte keine Ader für solche ökonomischen Prinzipien und Angela Merkel noch weniger. Aber Deutschland war inzwischen wirtschaftlich erfolgreich und wohlhabend genug, dass die diesbezüglichen Fehler der Regierung den meisten Deutschen nicht weiter auffielen. Man konnte die Fehler leicht mit deutschem Steuergeld abdecken.

Die Höhepunkte der inhaltlichen Entleerung der CDU von politischen Themen und Wertvorstellungen lagen in den Jahren der Kanzlerschaft von Angela Merkel, wenngleich es nicht allein ihre Schuld war. Die CDU-Politiker haben sich zum Abnickverein der „Methode Merkel“ degenerieren lassen und ihre „alternativlose“ Verkündungspolitik akzeptiert statt einen politischen Diskurs über Ziele und Methoden zu führen. Jetzt wissen viele Bürger gar nicht mehr, wofür die CDU steht und ob sie überhaupt noch für irgendetwas steht. Die Union ist normativ beliebig geworden. Durchmerkeln als Programm?

Die „Methode Merkel“

Zur Methode Merkel gehört es, bei neuen Themen und Problemen zunächst schweigend abzuwarten, die öffentliche Diskussion zu verfolgen und mit der eigenen Politik dann diejenige Richtung zu präferieren, die sich als Mehrheitsmeinung herauszubilden scheint. Auf der gleichen Linie liegt ihre überragende Aufmerksamkeit für Umfrageergebnisse und Beliebtheitswerte. Das kann man „Ohr am Volk“ nennen oder einfach Populismus. Bei thematischen Volksabstimmungen käme vermutlich etwas Ähnliches heraus.

Wie kommt es dann, dass die Journalisten (nicht nur in den Regierungssendern ARD und ZDF, sondern auch in vielen Printmedien), von denen die meisten selbst links und/oder grün ticken (incl. dessen, was früher einmal als „sozialdemokratisch“ bezeichnet wurde) die Ad-hoc-Politik von Merkel immer so gefeiert haben? Eine Erklärung ist, dass Merkel selbst immer stärker links-grün wurde und immer weniger zu einer konservativen Partei passte, die die Union früher einmal war. Also, wenn die Bürger schon CDU wählen, dann am liebsten mit Merkel und ihrer Zeitgeist-Politik, die auch links-grünen Medien gefällt.

Eine zweite Erklärung basiert auf der meinungsbildenden Wirkung der Medien. Was „sich als Mehrheitsmeinung herausbildet“ (siehe oben), ist zu einem erheblichen Prozentsatz der veröffentlichten Meinung geschuldet. Jeder gedruckte oder gesendete Kommentar, der als solcher gekennzeichnet ist, ist ein legitimer und wichtiger Teil jeder publizistischen Einheit. Problematischer ist es bei Nachrichten, Berichten, Analysen etc., die die Leser oder Zuschauer für weitgehend objektiv halten, die aber dennoch subjektive, einseitige Meinungen enthalten und solche erzeugen sollen. Manchmal ist dies für kritische Medienkonsumenten ersichtlich (was bereits einen bestimmten Informationsstand voraussetzt), manchmal ist es auch in unbegründeten, wertenden Formulierung versteckt, wie z.B. „der umstrittene Herr X“ oder „die allseits gefeierte Frau Y“. Wenn die Tendenz dem links-grünen Mainstream folgt, ist das für die Journalisten ihrer Karriere förderlich. „Selbstdenken“ ist dagegen altmodisch oder überheblich.

Es könnte also sein, dass die Merkel'sche Beliebtheit und mediale Akzeptanz einem Zirkelschluss unterliegt: Merkel macht, was die Medien und die Umfragen sagen. Die Medien loben sie genau dafür (was wunder?) und beeinflussen damit die Antworten der von den Demoskopern befragten Bürger und die Kreuze in der Wahlkabine.

Durchmerkeln und das politische Nachhaltigkeitsproblem

Eine solche Kurzfristpolitik des Durchmerkeln ist das genaue Gegenteil von Nachhaltigkeit auf sehr vielen Problemfeldern, die längerfristige Wirkungszusammenhänge aufweisen.¹ Dies gilt insbesondere dann, wenn für langfristig vernünftige Entscheidungen kurzfristig „politische Kosten“ anfallen (z.B. kurzfristige Popularitätseinbußen). Ein aktuelles Beispiel liefert die

¹ Vgl. zum „politischen Nachhaltigkeitsproblem“ Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, S. 196ff und S. 265ff.

Klimadiskussion.² Andere Beispiele betreffen die Alterssicherung,³ den Katastrophenschutz, die Höhe der Staatsverschuldung,⁴ die Ordnungspolitik auf mikro- und makroökonomischen Feldern,⁵ die Investitionen in die Infrastrukturen bei Straßen, Eisenbahnen, U-Bahnen, Digitalisierung etc.⁶ Andere Beispiele betreffen die Bildung und die offensichtliche Unwilligkeit oder Unfähigkeit, die wuchernde Bürokratie zu reduzieren, die das gesellschaftliche Leben lähmt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen reduziert.

Jede Regierung, die beim „politischen Nachhaltigkeitsproblem“ versagt (wie die Regierungen von Merkel), hinterlässt ihren Nachfolgern einen Berg von Problemen, die oft ebenfalls nicht kurzfristig zu lösen sind -- selbst wenn diese guten Willens wären und nicht ebenfalls in der Nachhaltigkeitsfalle steckten. Der erste Schritt wäre die politische Thematisierung. Ich gehe davon aus, dass jeder Bundespolitiker der CDU die genannten Beispiele auch kennt. Warum wurde es nicht thematisiert? Weil das als Kritik an der Kanzlerin gewertet würde, die alle Kritiker mit Karriereachteilen abstrafft. Auch das hat sie von Kohl gelernt. „Heldenmut vor Königsthronen“ war nie die Sache von CDU-Politikern, politische Feigheit schon eher. Aber warum lässt die Partei sich den Merkel-Absolutismus gefallen? Im Zweifel hat die Unions-Fraktion die Macht und die Kanzlerin muss sich fügen oder zurücktreten. So funktioniert die Parlamentarische Demokratie.

Das hängt auch damit zusammen, dass die CDU noch nie eine Diskussionspartei war. Das unterscheidet sie von praktisch allen anderen Bundestagsparteien. Diskussion wird bei ihr oft mit Streit verwechselt. Dabei ist ein (ja, auch streitiger) Diskurs nicht nur ein elementarer Bestandteil einer freien Gesellschaft, sondern auch einer funktionierenden Demokratie. Eine Partei, die nicht öffentlich (also nicht nur im Hinterzimmer des Ortsvereins von Rasenhausen) über die politischen Inhalte diskutiert hat, bald keine mehr -- und degeneriert zum Kanzlerwahlverein, bzw. zum „Verein zur Förderung der Posten- und Einkommens-Interessen“ seiner Funktionäre. Dort sind CDU und CSU zwar schon länger angekommen, aber jetzt ist es für jedermann offensichtlich geworden und hat das Wahlergebnis maßgeblich geprägt. Die Merkel'sche Diskursunfähigkeit oder -unwilligkeit hat den Boden dafür bereitet, dass die Union jetzt am Boden ist.

² Die zugrundeliegenden längerfristigen Zusammenhänge zwischen CO₂-Emissionen und Klimaveränderungen sind seit Jahrzehnten bekannt und zwar nicht nur für Experten, sondern auch für Politiker. Letztere wussten (mehr oder minder eingestanden oder verdrängt), dass man die negativen externen Effekte z.B. durch eine generelle Mengensteuer auf Kohlendioxidemissionen dämpfen könnte. Stattdessen haben sie jedoch in erster Linie die politischen Kosten (aufgrund von Belastungen für die Wähler) gesehen und haben entsprechend nicht nachhaltig gehandelt.

³ Beim Thema Demografie und Alterssicherung wäre es zur nachhaltigen Funktionsfähigkeit der Rentensysteme rational, zur Anpassung an längere Ausbildungszeiten und gestiegene Lebenserwartungen das Renteneintrittsalter nach hinten zu verschieben, was von einigen aus den betroffenen Alterskohorten (lange nicht von allen) evtl. als Nachteil empfunden wird. Kurzsichtige Politiker scheuen hier nachhaltige Entscheidungen.

⁴ Jede Regierung hat in der Demokratie kurzfristig das Interesse, durch Staatsausgaben Popularität und Wählerstimmen zu gewinnen, was bei dafür unzureichenden Staatseinnahmen auch durch schuldenfinanzierten Staatskonsum realisiert werden kann. Die Nachteile der Verschuldung werden erst anfallen, wenn die jetzigen politischen Entscheidungsträger nicht mehr im Amt sind. Insofern werden künftige Verbindlichkeiten und deren Nachteile tendenziell verdrängt, sodass es bei überhöhter Staatsverschuldung zu einer Ausbeutung zukünftiger Generationen kommen kann.

⁵ Die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung und einer stabilen Währung ist langfristig von großem Vorteil für die Volkswirtschaft und für alle Bürger. Kurzfristig verursacht dies allerdings gelegentlich „politische Kosten“ für die Politiker, wenn diese glauben oder vorgeben, durch Aufweichung von Regeln im Einzelfall Arbeitsplätze retten zu können, was meistens eine Illusion ist.

⁶ Der Nutzen von Investitionen in Infrastrukturen fällt für die Bürger erst in den nächsten Jahrzehnten an. Die Kosten entstehen jedoch kurzfristig, sodass eine alternative Verwendung der Finanzmittel für einen kurzfristigen politischen Konsum oder eine Umverteilung, die Wählerstimmen verspricht, nicht mehr möglich ist.

Angela Merkel hat den Parteivorsitz 2018 weggeworfen, als er lästig wurde. Sie hatte wohl mit der CDU nie wirklich viel am Hut. Aber sie war egoistisch genug, den Job als Bundeskanzlerin zu behalten. Damit hatte von vornherein kein/e Nachfolger/in eine Chance, ihre/seine Kanzler-tauglichkeit zu beweisen und sich inhaltlich zu profilieren. Dazu wäre es in jedem Fall erforderlich gewesen, nicht einfach weiterzumerkeln, sondern eigene inhaltliche Akzente zu setzen, um im Wahlkampf eine gute Chance zu haben. Das wäre als implizite Kritik an der Langzeitkanzlerin aufgefasst worden.

Aber so funktioniert demokratische Politik. Jedes Mandat ist endlich und der Wechsel ist das Normale. Die amerikanischen Verfassungsväter waren klug genug, die Amtszeit der Präsidenten auf 8 Jahre zu begrenzen. So klug waren die Schöpfer des Grundgesetzes nicht. Alle Langzeitkanzler (Adenauer, Kohl, Merkel) waren in ihren ersten Amtszeiten besser als in ihren letzten. Irgendwann ist offenbar die Batterie erschöpft. Oft haben sie am Ende nur noch genervt, ohne dass sie das selbst gemerkt haben.

Mit der inhaltlichen Leere der CDU haben die Funktionäre und die Abgeordneten jetzt zu kämpfen. Dabei sind sie keineswegs unter Zeitdruck, auch wenn einzelne wahlkämpfende Provinzpolitiker das suggerieren wollen. Wenn die CDU-Politiker nach dem Wahldesaster jetzt vor allem über Posten, Personen und Verfahren redet, zeigt das nur, dass sie das wahre Problem noch nicht verstanden haben.

D13-3

Die CDU braucht jetzt keinen neuen Vorsitzenden, sondern eine Vorstellung davon, was sie eigentlich will

Jörn Kruse

Nach der desaströsen Wahlniederlage beklagen sich viele CDUler über den trägen und uninspirierten Wahlkampf von Armin Laschet und tun so, als sei die CDU das Opfer und nicht die Haupttäterin dieses Versagens. Und einige graben sich vorrangig ihre Startlöcher für den eigenen Karriereschub an die Parteispitze. Sie machen also das, was sie können (oder glauben zu können). Aber das ist bei weitem nicht genug, wenn man bedenkt, wie duckmäuserisch und feige sie sich hinter der Ewig-Kanzlerein Merkel versteckt haben statt eigene Alternativen zu formulieren.

Aber wahrscheinlich ist es für einen klaren Blick auf die Realitäten noch viel zu früh. Vermutlich müssen die Abgeordneten erst einige Wochen persönlich spüren, wie jämmerlich machtlos man auf den harten Oppositionsbänken sitzt. Die vorigen Oppositionsfraktionen wissen das genau, die CDU/CSU überwiegend noch nicht. Es ist ein Strukturelement der Parlamentarischen Demokratie, dass „die Messe schon dann gelesen ist“, wenn die neue Regierung vereidigt wurde.⁷ Dann haben die Regierungsfractionen die Macht und die Oppositionspolitiker sind nur noch Statisten.

Das könnte ausnahmsweise anders sein, wenn die neue Regierung instabil wäre und möglicherweise bald zerfällt. Dann könnte eine Oppositionspartei hoffen, selbst in die Regierung zu kommen oder durch Neuwahlen stärker zu werden. Dafür spricht gegenwärtig wenig. Die Leute, auf die es ankommt, also Olaf Scholz, Christian Lindner und Robert Habeck, verhalten

⁷ Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, S. 114ff.

sich professionell (anders als Angela Merkel 2017) und machtbewusst. Ich vermute sogar, dass sie schon drei Wochen vor der Wahl die wichtigsten Verabredungen getroffen hatten. Was danach kam, war kluges Schweigen, höfliches Scheinsondieren mit der Union und ein paar Nebelkerzen („gutes Klima, aber gravierende Meinungsunterschiede in einzelnen Punkten“) für die Journalisten. Zwar könnte es sein, dass ein paar törichte SPD-Linke ... Aber nicht das erwarte ich, sondern dass die Ampel vier Jahre regiert und die Sache ganz ordentlich macht.

Was heißt das für CDU und CSU? Vor allem, dass sie reichlich Zeit haben, ihre Lage zu analysieren und sich zu überlegen, was sie eigentlich wollen und wie sie dahin kommen. Die CDU sei denkfaul geworden, hat Friedrich Merz gesagt. Recht hat er. In der Regierung kann man das Denken den Ministerialbeamten, Lobbyisten und Beratern überlassen, die das ohnehin besser können als die Politiker, würde vielleicht ein Zyniker hinzufügen.

Die CDU braucht vor allem einen ausführlichen inhaltlichen Diskurs über die gesellschaftlichen Probleme, die Ziele der Partei für die nächsten zehn Jahre und die Sachzusammenhänge, die man dafür kennen muss. Als Partei mit Fachkompetenz ist mir die CDU schon sehr lange nicht mehr aufgefallen. Das wird noch zusätzlich dadurch betont, dass Merkel Dilettanten wie Altmeier und Kramp-Karrenbauer zu Bundesministern gemacht hat. Die CDU war offenbar an der Macht so satt und träge geworden, dass sie glaubte, nichts mehr können und leisten zu müssen. Insofern bin ich sogar froh, dass die Wähler ihr mittels Olaf Scholz die rote Karte gezeigt haben.

Sich als Partei mit Führungsanspruch wieder oder neu zu definieren erfordert vielmonatige, intensive Diskussionen über politische Inhalte auf (zentralen und dezentralen) Konferenzen und eigenen Online-Plattformen, natürlich unter Hinzuziehung von Fachleuten. In einem solchen Prozess würde sich vermutlich auch zeigen, wer von den jetzigen Möchtegern-Vorsitzenden die politische Substanz hat, die für den Job des Parteivorsitzenden nötig ist. Diesen Prozess zu moderieren kann man getrost Armin Laschet überlassen, dessen menschliche Qualitäten ihn dafür prädestinieren.

Dass in der CDU -- statt einer Diskussion über die (bisher nicht vorhandenen) Inhalte -- als erstes ein Schaulaufen von Bewerbern eingesetzt hat, zeigt, dass noch nicht verstanden wurde, was die Stunde geschlagen hat. Vielleicht fördern ja die Oppositionsbänke die individuellen und kollektiven Lernprozesse. Die CDU-Politiker könnten sich ja (übler Gedanke?) mal vorstellen, dass die Ampel-Regierung einen so guten Job macht, dass sie in vier Jahren wiedergewählt wird und die Union erneut zweiter Sieger bleibt.

Mitglieder-Votum ?

Zur Zeit wird (sehr voreilig) diskutiert, ob man den neuen Parteivorsitzenden de facto (d.h. außerhalb der formalen Statuten) per Mitglieder-Votum bestimmen sollte. Das kann man natürlich machen. Man sollte sich nur darüber im Klaren sein, was solche Personalwahlen leisten können und was nicht. Welche „Spanne“ zwischen Wählern und Gewählten funktioniert?

In einer Demokratie sind Wahlen „von unten nach oben“ erforderlich, um die normativen Elemente (also Wertvorstellungen, Ziele, Interessen) der Basis (Bürger, Mitglieder) nach oben zu den Entscheidungsträgern (Parlament, Regierung, Vorstände) zu transportieren.⁸ Dies funktioniert ganz gut, solange (1) die Wähler beurteilen können, welche der verschiedenen

⁸ Vgl. Kruse, Jörn (2021), a.a.O., S. 50ff.

Wahlalternativen ihren politischen Präferenzen am besten entsprechen und (2) wenn der Zugang zur Kandidatur weitgehend frei ist. Letzteres ist z.B. in Ländern wie China, Iran oder Belarus nicht der Fall.

Demokratische Wahlen beinhalten dagegen oft ein Problem, wenn es um die personelle Auswahl von Führungskräften geht, bei denen es auch auf die Fachkompetenz und andere Qualitäten ankommt. Viele Mitglieder der Basis haben diesbezüglich häufig ein Beurteilungsproblem, wenn der Abstand von ihrem eigenen Beruf oder Erfahrungsraum zum Aufgabenfeld der Führungskraft zu groß ist. Da es in einer Demokratie zur „Wahl von unten“ keine Alternative gibt, reduziert sich das Dilemma auf die Frage des jeweils geeigneten demokratischen Elektorats, also „Wer wählt jeweils welche Entscheidungsträger?“ Das können Personen von der „Ebene direkt darunter“ in der Regel besser als die vielbeschworene Basis.

Wir haben aus guten Gründen ein repräsentatives Politiksystem. Da bei der Wahl zum Bundestag die allermeisten Wähler die Kompetenz und den Charakter einzelner Kandidaten nicht beurteilen können, gibt es eine Präselektionsebene durch die Parteien. Das heißt, diese entscheiden über die Direktkandidaten und die Landeslisten, die den Wählern angeboten werden. Dies rechtfertigt allerdings nicht, dass die Wähler nach dem deutschen Wahlrecht keinerlei Einfluss darauf haben, welcher Kandidat ihrer präferierten Partei ins Parlament gelangt.⁹

Die meisten Parteien einschließlich der CDU verwenden das repräsentative Prinzip üblicherweise auch für die Besetzung der innerparteilichen Führungspositionen. Die SPD hat es für die Wahl der Parteivorsitzenden 2019 anders gemacht. Nach einem sehr aufwendigen Diskussions- und Wahlverfahren wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans direkt von den Mitgliedern gewählt.

Für die Repräsentierung der normativen Elemente (politische Präferenzen) der Basis in den Parteivorsitzenden hat das Verfahren perfekt funktioniert. Jeder weiß jetzt, wo die SPD politisch steht, nämlich ganz weit links. Aber ich kenne niemanden, der Saskia Esken intellektuell für geeignet hält, eine Partei wie die SPD zu führen. Hätte man damals die Kanzlerkandidatur gleich mit gewählt, hätte die SPD vermutlich Mühe gehabt, die 10%-Marke zu schaffen.

Ein anderes Beispiel waren manche amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Speziell die Wahlen von 2016 sind ein Lehrstück, wie man es nicht machen soll. Man kann der Meinung sein oder in Frage stellen, ob Donald Trump die politischen Präferenzen der Amerikaner repräsentiert. Unstrittig dürfte sein, dass Trump nicht nur fachlich inkompetent und politisch unbedarft war, sondern auch charakterlich ungeeignet. In einem repräsentativen Regierungssystem wäre so jemand vermutlich nicht Präsident einer Weltmacht geworden.

Für die Frage, ob man der CDU einen Mitgliederentscheid empfehlen kann, ist erstens wichtig, dass die tausend Delegierten (also die mittleren Parteifunktionäre) der letzten beiden Bundesparteitage komplett versagt haben. Bedeutsamer ist, ob man den Mitgliedern hinreichende Beurteilungsfähigkeiten zutraut. Unter den gegebenen Umständen einer inhaltlich entleerten CDU kann man dies nur dann bejahen, wenn dem eine sehr intensive Diskussion vorausgeht, bei der nicht nur die inhaltlichen Positionierungen offenbar werden, sondern auch die fachlichen Qualitäten.

D13-4

⁹ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 148ff.

Das Wahlergebnis bietet eine Chance zur überfälligen Reform des Wahlrechts

Jörn Kruse

Das Wahlergebnis vom 26. September 2021 bietet die unverhoffte Chance zu der seit langem überfälligen Reform des Wahlrechts zum deutschen Bundestag, das zur Aufblähung des Parlaments geführt hat. Dies basiert auf der Annahme, dass die CDU/CSU der neuen Regierung nicht mehr angehören wird und sie insofern auch nicht das Abstimmungsverhalten der Bundestags-Mehrheit bestimmen bzw. blockieren kann. Die CDU und die CSU sind nämlich die „Hauptschuldigen“, dass es bisher nicht zu einem vernünftigen Wahlrecht gekommen ist. Der Bundestag hat eine geplante Größe von 598 Sitzen. In der Wahl von 2002 wuchs diese auf 603 Abgeordnete, 2004 auf 614, 2009 auf 622, 2013 auf 631, 2017 auf 709 und jetzt auf 735 Abgeordnete.

Die Aufblähung des Bundestages erfolgt nicht nach rationalen Funktionskriterien, sondern hängt allein von den länderspezifischen Relationen von Erst- und Zweitstimmen bei einzelnen Wahlterminen ab. Allerdings ist absehbar, dass dieser Effekt weiter zunehmen wird, wenn die beiden früheren Volksparteien weiterhin Zweitstimmenanteile verlieren, ohne dass sie länderspezifisch hinreichend viele Direktmandate einbüßen, falls das ungewöhnliche deutsche Wahlrecht nicht reformiert wird.

Die Ziele des jetzigen Wahlrechts, das im Kern 1953 installiert wurde, bestanden darin, (1) im Grundsatz ein Verhältniswahlrecht zu kreieren und (2) den Wählern eine gewisse Mitbestimmung zu gewähren, welche Kandidaten ins Parlament gelangen (Personalisierung). Diese Ziele waren damals (und sind heute immer noch) nachvollziehbar und unter demokratischen Gesichtspunkten vernünftig.

Die Umsetzung in ein selbst-gebasteltes Wahlsystem war allerdings dysfunktional. Es wurde eine ungewöhnliche Kombination von Erst- und Zweitstimmen eingeführt. Die ursprüngliche Idee war es, die eine Hälfte des Parlaments mit direkt gewählten Wahlkreiskandidaten zu besetzen und die andere Hälfte mit Kandidaten von den Landeslisten der Parteien, aber gleichwohl für den Bundestag insgesamt das Verhältniswahlprinzip zu erfüllen. Bei den heutigen 299 Wahlkreisen gelangte man so zu 598 Sitzen.

Bezüglich einer Personalisierung versagt das Bundestagswahlrecht allerdings auf ganzer Linie, das heißt sowohl bei den Landeslisten als auch bei den Direktkandidaten.

Wahlkreis-Kandidaten

Eine Personalisierung wird durch die Erststimmen für die Wahlkreiskandidaten nicht erreicht, da aufgrund der überwiegenden Parteipräferenzen der Wähler die Erststimmen de facto durch die Zweitstimmen determiniert werden -- sofern die präferierte Partei eine Chance hat, den Wahlkreis zu gewinnen. Anderenfalls ist die Erststimme ohnehin irrelevant. Wenn jemand als Direktkandidat gewählt wird, sagt das nichts über seine politische Qualität oder seine Beliebtheit aus -- es sein denn, er hätte ausnahmsweise deutlich mehr Stimmen als seine Partei Zweitstimmen im Wahlkreis. Seine Wahl hängt fast allein von seinem Wahlkreis ab. In der Regel würden seine Parteifreunde dort ebenfalls gewählt -- oder eben nicht.

Bisher werden die Direktkandidaten ausschließlich von ihren regionalen Parteiorganisationen bestimmt, ohne dass die Wähler darauf Einfluss hätten. Die vermeintliche Auswahlmöglichkeit

zwischen den Direktkandidaten verschiedener Parteien ist für das deutsche Politiksystem weltfremd und irrelevant, da die Parteipräferenz deutlich dominiert.

Von einer „Personalisierung“ durch die Erststimmen könnte nur dann gesprochen werden, wenn die Wähler dabei zwischen zwei oder mehr Kandidaten ihrer präferierten Partei wählen könnten. Wenn das Verfahren so geändert würde, dass die Parteien jeweils mehrere Direktkandidaten pro Wahlkreis aufstellen, erhielte diejenige Partei das Mandat, die in diesem Wahlkreis insgesamt die meisten Erststimmen erhalten hat. Von dieser Partei kommt derjenige Direktkandidat in den Bundestag, auf den die meisten Erststimmen entfallen sind.

Deutschland ist in viele kleine Wahlkreise gegliedert, so dass diese durchschnittlich relativ wenige Wähler (ca 200.000 Wahlberechtigte) umfassen. Dennoch kann von Bürgernähe nicht die Rede sein, da 75 % der Wähler nicht einmal bei den großen Parteien die Namen der Direktkandidaten kennen. Das Argument der „Wahlkreisarbeit“ der Abgeordneten kann ebenfalls nicht überzeugen, da diese sich in der Regel nicht an normale Bürger/innen richtet, sondern lediglich eine Pflege der Beziehungen zu den eigenen Parteifreund/innen im Wahlkreis darstellt, die sie bei ihrer nächsten Nominierung zum/r Kandidaten/in unterstützen sollen.

Wenn die Wahlkreise klein sind, gibt es auch nur eine vergleichsweise geringe Zahl von aktiven Parteimitgliedern (0,3 % der Bevölkerung), die über sämtliche Kandidaten aller Parteien entscheiden.

Noch bedeutsamer ist die Tatsache, dass damit innerhalb der Parteien nur eine sehr kleine Rekrutierungsbasis vorhanden ist und nur ein geringer Wettbewerb um Wahlkreismandate besteht. Zusätzlich sorgt sehr häufig die regionale Parteispitze zusammen mit der Seilschaft des bisherigen Mandatsinhabers (nicht selten auch ihre vom Parlament bezahlten Mitarbeiter) für die erwünschte Wiederwahl zum Kandidaten, so dass die Zugangsbarrieren für andere potentielle Bewerber sehr hoch sind.¹⁰ In der Regel kann man (analog zu ökonomischen Märkten) davon ausgehen, dass sowohl hohe Zugangsbarrieren als auch ein reduzierter interner Wettbewerb für die durchschnittliche Qualität der Abgeordneten -- und damit des Parlaments -- von Nachteil ist.

Landeslisten-Kandidaten

Auch über die Landeslisten entscheiden ausschließlich die Parteien selbst, ohne dass die Wähler die Reihenfolge beeinflussen könnten. In einigen Bundesländern kommen nur wenige oder gar keine (z.B. Bayern) Kandidaten von den Landeslisten ins Parlament, weil bereits alle Plätze von den Direktkandidaten besetzt sind. In den meisten Ländern erhalten vorrangig solche Kandidaten einen aussichtsreichen Listenplatz, die auch die Direktkandidaten in ihrem Wahlkreis sind. Die problematischen Effekte der zu kleinen Wahlkreise sind für die Parlamentszusammensetzung dadurch noch größer als die Zahl der Direktmandate erwarten lassen würde. Außerdem bestehen oft Proporzansprüche verschiedener Teilgruppen. Dies kann nach Region, Geschlecht, Konfession etc. differenziert sein. Jede derartige Segmentierung senkt die Wettbewerbsintensität und damit durchschnittlich auch die Qualität.

Kernproblem: Überhangmandate

¹⁰ Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 55ff

Das Kernproblem der Parlamentsaufblähung entsteht durch die Überhangmandate, eine sonderbare Regelung im deutschen Wahlrecht. Wenn eine Partei X in einem bestimmten Bundesland L mehr Direktmandate gewinnt als ihr nach dem Proporz der Zweitstimmen zustünde, kommt es zu sogenannten Überhangmandaten, da die Partei X alle „überzähligen“ Direktmandate behält. Dies würde dann zu überproportional vielen Abgeordneten von X aus Bundesland L führen, was für die anderen Parteien eine Benachteiligung bedeuten würde. Um dies zu vermeiden, hat man für diese sogenannte Ausgleichsmandate eingeführt, um den Parteienproporz wiederherzustellen.

Dies hat den Effekt, dass die Größe des Parlaments ansteigt, was alle Beobachter als unerwünscht bezeichnen. Mit steigender Größe des Bundestages steigen nicht nur die Kosten verschiedener Art (Diäten, Mitarbeiter, Räume und vieles mehr). Ab einem Bereich sinkt auch die Funktionsfähigkeit des Parlaments. Zu viele Abgeordnete wirken dann kontraproduktiv für die Parlamentsprozesse. Eine „optimale Größe des Parlaments“ zur Erreichung seiner besten Leistungsfähigkeit lässt sich nicht präzise bestimmen, da es von verschiedenen Faktoren abhängt. Nicht plausibel ist eine Abhängigkeit der Funktionalität von der Bevölkerungszahl. Je ausgeprägter allerdings die föderale Struktur des Staates (wie in Deutschland) ist, desto kleiner kann das zentrale Parlament sein, da dann viele legislative Aufgaben von den Landesparlamenten erledigt werden. Ich würde vermuten, dass die optimale Größe des Bundestages ungefähr zwischen 400 und 600 Abgeordneten liegen würde.

Die bisherige Aufblähung des Bundestages erfolgt in keiner Weise nach rationalen Funktionskriterien. Sie hängt allein vom Quasi-Zufall der länder- und parteispezifischen Relationen von Erst- und Zweitstimmen bei einzelnen Wahlterminen ab. Alle Versuche, durch (halbherzige) Wahlrechtsreformen die Größe des Bundestages zurückzuführen, sind in der Vergangenheit am Widerstand vor allem von CSU und CDU (teils aber auch von der SPD) im Bundestag gescheitert. Das ist nicht völlig selbstverständlich, da sich ja das quantitative Verhältnis der Parteien zueinander dadurch gar nicht verändern würde, weil dieses allein von den Zweitstimmen abhängt. Es tangiert lediglich die kurzfristigen, egoistischen Interessen einzelner Abgeordneter, die ihre direkte Wiederwahl in Gefahr sehen. Es bestärkt aber die Meinung derjenigen, die von einem Selbstbedienungsladen sprechen, in dem die Politische Klasse sich mit Abgeordnetendiäten, Fraktionsgeldern, Mitarbeiterstellen etc. versorgen.

Drei niederschwellige Reformoptionen

Eine rationale Lösung des Problems ist jedoch deutlich einfacher als man aufgrund früherer Reformversuche annehmen könnte, die im Wesentlichen an Einzelegoismen gescheitert sind. Selbst wenn man die seltsame Kombination von Erst- und Zweitstimmen aus Reformscheu erhalten möchte, bieten sich drei einfache Lösungsmöglichkeiten an.¹¹

1. Bundesweiter Ausgleich der Mandate

Eine einfache und plausible Reformoption besteht darin, die Überhangmandate länderübergreifend auszugleichen. Das bedeutet, dass die Anzahl der Listenmandate einer Partei auf

¹¹ Vgl. Kruse, Jörn (2021), *Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert*, Stuttgart, S. 152ff.

Bundesebene um die Anzahl ihrer Überhangmandate reduziert wird.¹² Auf diese Weise bleibt die Parlamentsgröße immer konstant und die Proportionalität zwischen Zweitstimmen und Parlamentssitzen ist gewährleistet. Allerdings sind dann Länder mit Überhangmandaten im Bundestag überrepräsentiert.

2. Wegfall der Überhangmandate

Die simpelste Lösung ist der gänzliche Wegfall der Überhangmandate. Dann erhält die Partei X im Bundesland L maximal so viele Direktmandate, wie ihrer Abgeordnetenzahl nach den Zweitstimmen entspricht. Die Mandatszuordnung zwischen den Direktkandidaten erfolgt nach der Reihenfolge der prozentualen Anteile ihrer Erststimmen in den Wahlkreisen.

3. Reduzierung der Zahl der Wahlkreise

Eine weitere Möglichkeit ist die deutliche Reduzierung der Zahl der Wahlkreise. Man könnte z.B. jeweils zwei oder drei Wahlkreise zu einem einzigen zusammenfassen. Wenn statt der bisherigen 299 nur noch 100 oder 150 Direktmandate existierten, würde die Wahrscheinlichkeit von Überhangmandaten drastisch absinken.

Das Gegenargument, Direktkandidat/innen hätten bei kleineren Wahlkreisen eine engere Beziehung zur Bevölkerung, geht fehl, weil schon jetzt die allermeisten Wähler/innen nicht einmal die Namen der relevanten Kandidat/innen kennen. Diese sind ihnen auch weitgehend gleichgültig, weil ihre Wahlentscheidung fast nur von ihrer Parteipräferenz und nicht von den Personen abhängt. Außerdem wissen viele von ihnen, dass die Erststimmen für die parteiendominierte Politik im Parlament weitgehend irrelevant sind.

Da das bisherige deutsche Wahlrecht viele kleine Wahlkreise geschaffen hat, führt das innerparteilich zu regionalen Machtpositionen, zu reduzierter Konkurrenz um die Kandidaturen, zu hohen Zugangsbarrieren für Newcomer und zu Wettbewerbsvorteilen für die etablierten Mandatsinhaber/innen. Das Bestehen vieler kleiner Wahlkreise erleichtert nämlich die „Pflege der Beziehungen“ zu den eigenen Parteifreunden im Wahlkreis für ihre nächste Nominierung zum Kandidaten und dient insofern der Wettbewerbsbeschränkung. Den Kontakt zu den Wählern könnten Listenkandidaten übrigens in gleicher Weise pflegen wie Direktkandidat/innen.

Ein Vorteil von weniger und dafür größeren Wahlkreisen mit jeweils einer größeren Zahl von Parteimitgliedern und Kandidaten besteht also zusätzlich zur Vermeidung von Überhangmandate in der Erhöhung der parteiinternen Konkurrenz um Kandidaturen, was positive Auswirkungen auf die durchschnittliche Qualität der Abgeordneten und damit des Parlaments haben würde.

Abschaffung der Trennung von Erst- und Zweitstimme

Der eigentliche Problemverursacher innerhalb des Bundestagswahlrechts ist die grundlegende Fehlkonstruktion mit Erst- und Zweitstimmen. Dass die Trennung und die schwer nachvollziehbare Kombination von Erst- und Zweitstimmen immer noch als Tabu betrachtet wird, ist nur schwer verständlich, wenn man bedenkt, dass das Ziel des Wählereinflusses auf die Personen der Abgeordneten ohnehin nicht erreicht wird, viele Wähler/innen die Bedeutung beider

¹² Dies funktioniert allerdings nicht für die CSU, die nur in Bayern antritt, so dass dort die Regelung aus (2.) greifen müsste.

Stimmen verwechseln und der große Ärger eines permanenten Reformbedarfs genau damit zusammenhängt. Die Trennung in Erst- und Zweitstimmen sollte deshalb abgeschafft werden.

Besser wäre ein Wahlsystem, das die Wähler/innen auch wirklich verstehen und das deutlich größere und weniger zahlreiche Wahlkreise vorsieht. Angenommen, man untergliederte Deutschland in 50 Wahlkreise. Dann zögen bei 500 Abgeordneten durchschnittlich zehn Kandidat/innen aus jedem Wahlkreis ins Parlament ein. Die Zahl der Mandate jeder Partei im Bundestag würde wie bisher nach den Verhältniswahlprinzip bestimmt. Bei jeder Partei würde die Zuordnung der gewonnenen Sitze auf die einzelnen Wahlkreise nach einem analogen Verfahren errechnet, so dass diejenigen Wahlkreise relativ viele Abgeordnete erhalten, in der die betreffende Partei viele Stimmen bekommen hat.

Völlig neues Wahlsystem

Man könnte die Partizipation der Bürger/innen mittels Stimmzettel noch deutlich stärken, wenn man ihnen durch die Möglichkeit zur Präferenzierung einzelner Kandidat/innen (Personalisierung) einen Einfluss auf die von den Parteien vorgeschlagenen Wahlkreislisten einräumte, wie das in der Demokratischen Reformkonzeption vorgeschlagen wird. Im Einzelnen erfolgt die Umrechnung von Wählerstimmen auf einzelne Sitze und Mandatsinhaber in drei logischen Stufen:¹³

Stufe 1: Sitzverteilung nach Parteien im Parlament

Die Gesamtzahl der Sitze im Parlament wird vorher vom Wahlrecht festgelegt und durch das Wahlergebnis auch nicht mehr verändert. Für eine gute Repräsentierung der Bürger ist grundsätzlich ein reines Verhältniswahlsystem mit den schon bisher üblichen Rundungsregeln (z.B. nach d'Hondt, Hare-Niemeyer oder Sainte-Laguë) am besten geeignet.¹⁴

Stufe 2: Regionale Vertretung im Parlament durch Wahlkreise

Zur Gewährleistung einer regionalen Vertretung nehmen wir an, dass Deutschland in 50 Wahlkreise mit durchschnittlich ca. 1,2 Mio. Wahlberechtigten gegliedert wird. Für ein Parlament mit 500 Sitzen hat, bedeutet das, dass jeder Wahlkreis im Durchschnitt von zehn Abgeordneten im Parlament vertreten wird. Für jeden Wahlkreis erstellt jede Partei eine Wahlkreisliste mit einer Reihenfolge ihrer einzelnen Kandidaten, über die auf regionalen Parteitag oder (noch besser) durch Mitgliedervotum entschieden wird.

Die Zuteilung der Mandate der Partei X auf den Wahlkreis A-Landstadt erfolgt proportional zum Anteil der X-Stimmen in A-Landstadt an der Gesamtzahl aller X-Stimmen in Deutschland. Die adäquate Rundung erfolgt in einem Verfahren analog zu Hare-Niemeyer o. ä. Danach steht fest, wie viele Kandidaten der X-Partei aus dem Wahlkreis A-Landstadt ein Parlamentsmandat erhalten.

Stufe 3: Welche Kandidaten gelangen über die Parteilisten ins Parlament?

In Stufe 3 wird dann ermittelt, welche Personen die einzelnen Mandate jeder Partei einnehmen werden. Die Wähler können die Wahlkreislisten ihrer präferierten Partei mehr oder minder stark

¹³ Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 157ff

¹⁴ Ganz unabhängig davon ist die Frage einer Sperrklausel. Je höher diese ist (z.B. 5% oder gar noch mehr) desto stärker wird die Repräsentativität und die demokratische Legitimation des Parlaments eingeschränkt. Zum Wahlrechtsdilemma zwischen der Repräsentativität des Parlaments und der Handlungsfähigkeit und Stabilität der Regierung siehe Kruse (2021), Bürger an die Macht, Stuttgart, S. 109ff.

verändern, das heißt, das Wahlsystem hat tatsächlich eine personalisierte Komponente. In einem Wahlkreis stehen die Kandidatenlisten mehrerer Parteien zur Wahl. Jeder Bürger hat ein oder mehrere Stimmen und kann er diese entweder pauschal einer Partei geben oder einzelne Kandidaten individuell wählen.

Es wird ein kombiniertes Verfahren praktiziert, dessen Parameter vom Gesetzgeber quantitativ variiert werden können. Maßgeblich für die Parlamentsmandate eines Wahlkreises ist die Reihenfolge der Kandidaten nach den „modifizierten Kandidatenstimmen“ (MKS):

$$MKS_i = LZ_i + PS_i * c$$

Dabei ist LZ_i eine Listenpunktzahl nach Maßgabe der Platzierung des Kandidaten K_i auf seiner Wahlkreisliste (z.B. 10.000 Punkte für Platz 1, 9.900 Punkte für Platz 2 etc. PS_i ist die Zahl der Stimmen, die jeder einzelne Kandidat K_i persönlich erhalten hat. Der Parameter c ($0 \leq c \leq \dots$) dient dazu, die relativen Gewichte der beiden Arten von platzierungsrelevanten Faktoren (Listenplatz und Personenstimmenzahl) differenziert festlegen zu können. Dieser Faktor wird nach der Stimmenzahl der einzelnen Parteien j differenziert (c_j).

Es ist für die Partizipation der Bürger und ihres Einflusses auf die personale Zusammensetzung des Parlaments erforderlich, dass der Parameter c (bzw. c_j) so hoch festgesetzt wird, dass die personenbezogenen Stimmabgaben der Bürger die MKS-Listenreihenfolge in durchschnittlichen Wahlkreisen und bei einem üblichen Wählerverhalten effektiv beeinflussen können. Ein Vorteil besteht darin, dass einerseits die Wähler einen relevanten Einfluss auf die Parlamentsabgeordneten haben und dennoch andererseits alle Listenkandidaten von ihrer Partei vorselektiert sind, das heißt nach den üblichen politischen Kriterien für abgestuft geeignet gehalten werden.¹⁵

Wer entscheidet über das Wahlrecht ?

Wenn man das Problem eines verfehlten Wahlrechts und vor allem der Unfähigkeit zu einer vernünftigen Reform noch etwas grundsätzlicher betrachtet, stellt sich die Frage: Warum entscheiden die gleichen Parteien und Politiker des Bundestages über das Wahlrecht, die von den Regeln selbst betroffen sind und dabei spezifische Interessen haben. Damit leistet man dem Mißbrauch bzw der Blockade aus egoistischen Motiven Vorschub, wie das in Deutschland seit Jahrzehnten der Fall ist. Die Antwort lautet: Weil der Bundestag das Monopol für demokratische Legitimation hat.¹⁶

In der Demokratischen Reformkonzeption wird über das Wahlrecht von einem Bürgersenat entschieden.¹⁷ Das ist ein fachkundiges Gremium, das von den Bürgern gewählt wird und von den Parteien unabhängig ist.

¹⁵ Große Wahlkreise mit mehr Abgeordneten als heute führen dazu, dass sowohl die Parteimitglieder bei der Aufstellung der Wahlkreislisten als auch die Wähler deutlich mehr Auswahlmöglichkeiten haben. Im Vergleich zum jetzigen Wahlrecht werden die Zugangsbarrieren niedriger und die Wettbewerbsintensität unter den Kandidaten höher, was für die Qualität des Parlaments uneingeschränkt vorteilhaft ist

¹⁶ Vgl. zum „Monopol für demokratische Legitimation“ Kruse, Jörn (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 26ff und S. 225ff.

¹⁷ Vgl. ausführlicher Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 225ff und S. 177ff.

D13-4 Interesse an Präsenz-Diskussionen ?

Auch als Extra-Datei zum einfacheren Zurücksenden

Name

E-Mail.....

Ich habe grundsätzlich Interesse, mich an Präsenz-Diskussionen in Hamburg zu beteiligen, wie wir das vor der Corona-Pandemie gemacht haben.

JA

NEIN

Ich würde grundsätzlich teilnehmen, wenn das in einem Lokal

.... mit **2G** stattfindet

JA

NEIN

.... mit **3G** stattfindet

JA

NEIN

Ich habe folgende **Vorschläge** für Themen, Orte, Modalitäten etc. :

--